



DIE EUROPÄISCHE UNION UND SÜDOSTEUROPA

„Wenn die Geschichte ihren Schritt beschleunigt, müssen wir mithalten“ – so Jacques Delors 1989/1990, als die Freiheitsrevolutionen in Ostmitteleuropa die kommunistischen Regime wie Kartenhäuser zusammenstürzen ließen und die Europäische Union vor der ungeahnten Herausforderung stand, ihrerseits nun mutig und entschlossen auf diese Zeitenwende in Europa zu reagieren. Zehn Jahre später steht die Europäische Union in Südosteuropa vor einer durchaus vergleichbaren Herausforderung. Keine Region Europas ist derzeit so stark in Bewegung wie der westliche Balkan. Es gilt, die Gunst der Stunde beherzt zu nutzen.

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) hat sich bereits unmittelbar nach dem Ende des Krieges im Kosovo und der Inaugurierung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa entschlossen, einen eigenen Beitrag zur grundlegenden Erneuerung dieser krisengeschüttelten Region zu leisten. Im August 1999 wurde am Institut unter der Leitung von Dr. Rafael Biermann die Task Force Südosteuropa gegründet, um unter Nutzung aller Ressourcen die Heranführung der Region an das Europa der Demokratie, des Friedens und der guten Nachbarschaft zu unterstützen. Inzwischen hat die Task Force eine Vielzahl weithin beachteter Aktivitäten entfaltet und ein dichtes Netzwerk von Kontakten zu Administrationen, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft geknüpft. Der „SOE-Monitor“, der mit dieser Ausgabe erstmals erscheint, soll diese Expertise einem breiten Publikum in Deutschland zugänglich machen. Er soll dazu beitragen, durch sorgfältige Hintergrundanalysen das Wissen über die Region in unserem eigenen Land zu verbreitern und zugleich die Aktivitäten der Task Force bekannt zu machen.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI

Profil und Selbstverständnis des SOE-Monitor

Mit dieser Ausgabe des *SOE-Monitor* fällt der Startschuss für eine Publikation, die es in dieser Form in Deutschland bisher nicht gibt, nach Auffassung der Redaktion jedoch unbedingt geben sollte. Die Zahl exzellenter Bücher über Südosteuropa gerade aus der Feder deutscher Wissenschaftler ist beachtlich, einige Forschungsinstitute leisten hervorragende Arbeit in der wissenschaftlichen Durchdringung der Region, und auch in der deutschen Politik, in Wirtschaft und Medien gibt es anerkannte Experten mit intimer Kenntnis der Region. Und doch sickern diese Erkenntnisse nur spärlich an die Öffentlichkeit, gelangen sie nur sehr ungenügend in die Hände derer, die in Politik und Wirtschaft die Entscheidungen treffen.

Der Mangel an rasch verfügbaren, gebündelten und entscheidungsrelevanten Informationen ist evident – und das in einem Land, das gerade im vergangenen Jahr erneut schmerzlich erfahren musste, wie eng es mit Wohl und Wehe dieser Region verbunden ist. Hunderttausende von Flüchtlingen und Asylanten, das Wegbrechen traditioneller Märkte und Handelskontakte, militärisches Engagement und humanitäre Hilfeleistung in bisher ungekannter Größenordnung, und nicht zuletzt die fundamentale Infragestellung der politischen Handlungsfähigkeit und moralischen Glaubwür-

digkeit der euro-atlantischen Institutionen im Bosnien- wie im Kosovo-Konflikt haben Deutschland *nolens volens* tief in die Geschehnisse Südosteuropas hineingezogen.

Zuverlässige und kontinuierliche Analyse ist unter diesen Umständen als Entscheidungsgrundlage unabdingbar, in Zeiten des Stabilitätspaktes nicht weniger als in Zeiten des Kosovo-Krieges. Wer die spezifische historische, politische, ethnische oder auch wirtschaftlich-soziale Prägung Südosteuropas unzureichend bedenkt, wird immer wieder mit herben Rückschlägen beim Engagement in dieser Region rechnen müssen.

Die Task Force Südosteuropa am ZEI sieht deshalb die Zeit für gekommen, mit dem *SOE-Monitor* die deutsche Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und die Medien über aktuelle Entwicklungen in der Region zu informieren. Die Expertise gründet auf den zahlreichen Aktivitäten der Task Force in der Region: den Projekten, Reisen und Vorträgen im Rahmen der Abkommen des ZEI mit den Regierungen der Region, der Kooperation mit den Partnerinstituten vor Ort, langfristigen Projekten wie dem „Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa“ oder dem „Stability Pact Summer Course“ in Dubrovnik und vielen weiteren, sich rasch entfaltenden Aktivitäten im Rahmen des Stabilitätspaktes.

Kurze, prägnante Informationen, analytisch und aktuell – dieser Aufgabe hat sich der *SOE-Monitor* gestellt. Er wird zunächst vierteljährlich erscheinen und vor allem Hintergrundbeiträge enthalten, mit Statistiken, Tabellen und Photos, dazu Personalien. Stets werden sich die Beiträge um ein Schwerpunktthema ranken. Regelmäßig werden Gastbeiträge angefragt, wie von der bulgarischen Außenministerin *Nadezhda Mihailova* in dieser Ausgabe. Links zu anderen Websites werden Sie ebenso finden wie Tipps für weiterführende Literatur. Auf der letzten Seite informieren wir stets über die Aktivitäten der Task Force. Vorerst wird der *SOE-Monitor* primär über einen e-mail-Verteiler versandt, der offen für weitere Interessenten ist. Anfragen bitte an soe.monitor@uni-bonn.de.

Auszug aus dem Inhalt

Nadezhda Mihailova:

Ein Brief aus Sofia

Emil Mintchev:

Bulgarien und Rumänien auf dem Weg in die EU

Rafael Biermann:

Aufbruch im westlichen Balkan

Milica Djilas:

Serbien nach den Wahlen

Hansjörg Eiff:

Ein Rückblick auf das Jahr 2000

SOE-MONITOR

TASK FORCE SÜDOSTEUROPA

ZENTRUM

FÜR EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG

JAHRGANG 1

Nr. 1

JANUAR

2001

Der *SOE-Monitor* wird künftig in unregelmäßiger Folge Beiträge von Außen- und Europaministern und anderen hochrangigen Politikern aus Südosteuropa abdrucken, die alle speziell für den *SOE-Monitor* erstellt sind. Wir beginnen diese Serie heute mit einem **Beitrag der bulgarischen Außenministerin Nadezhda Mihailova:**

Ein Brief aus Sofia

Liebe Freunde,

es ist mir eine Ehre, dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung aus Anlass dieser Publikation, die auf eine sorgfältige Analyse der Entwicklungen in Südosteuropa und speziell auch des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union abzielt, im Namen des Außenministeriums der Republik Bulgarien einen Beitrag zukommen zu lassen. Ich sehe diese Möglichkeit als Ausdruck unserer Gemeinsamkeit auf dem Weg in ein geeintes Europa.



Nach unserer Auffassung hat der Europäische Gipfel von Nizza die Linien für ein vereinigtes Europa vorgezeichnet, in dem jedes EU-Mitglied seinen gerechten und angemessenen Platz erhält und in dem jedes Mitglied das Recht hat, seine eigene Position zu beziehen. Der feste politische Willen der Kandidatenländer, am Prozess der europäischen Integration als volles Mitglied teilzunehmen, ist der beste Nachweis ihrer Bereitschaft, selbst Verantwortung für die Stabilität und Sicherheit unseres Kontinents zu übernehmen. Die Europäische Union hat sich den erfolgreichen Abschluss des Erweiterungsprozesses als oberste politische Priorität gesetzt. Unsere parallelen und

wechselseitigen Bemühungen sind auf ein und dasselbe Ziel ausgerichtet: Die Vertiefung des Integrationsprozesses und den Aufbau einer ökonomisch und politisch starken Union.

Lassen Sie mich unsere Vision der europäischen Perspektive für Bulgarien vorstellen. Während des ersten Verhandlungsjahres ist Bulgarien ein gutes Stück vorangekommen; die Umsetzung der nötigen Reformen wurde konsequent fortgesetzt. Der Prozess der Übernahme des Gemeinschaftsrechts wurde beschleunigt und auf alle Sektoren ausgeweitet. Wir haben substantielle Fortschritte erzielt, im festen Vertrauen darauf, dass die Erfüllung aller Verpflichtungen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft angemessen anerkannt wird.

Seit Beginn der Verhandlungen hat Bulgarien seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, dem individuellen Ansatz und dem Aufholprinzip nachzukommen, wie sie durch den Europäischen Rat vorgegeben sind. Der Stand der Beitrittsverhandlungen ermöglicht es nun, eine weitere Phase in diesem Prozess einzuleiten. Der bisherige Fortschritt untermauert, dass Bulgarien die Fähigkeit zur Annahme und Umsetzung des Acquis besitzt und die Beitrittsverhandlungen in schnellem Tempo effektiv führen kann. Bulgarien wird vollen Gebrauch von der „Road Map“ machen, wie sie im Erweiterungsstrategiepapier der Europäischen Kommission enthalten ist, und seine Verhandlungspositionen zu allen verbliebenen Kapiteln bis Ende des Jahres 2001 vorlegen. Wir sind vom Verhandlungsprogramm der schwedischen Präsidentschaft ermutigt, die Bulgarien die Möglichkeit zur Eröffnung von mindestens neun zusätzlichen Kapiteln erlaubt, zudem die provisorische Schließung von so vielen Kapiteln wie möglich. Ein solcher Ansatz wird Bulgarien die Möglichkeit geben, rasch aufzuholen und Verhandlungen über alle Kapitel bis spätestens Ende der ersten Jahreshälfte 2002 auf-

zunehmen. Wir bereiten uns darauf vor, die Beitrittsverhandlungen Ende des Jahres 2004 abzuschließen.

Wir glauben fest daran, dass der Erfolg letztlich von der strikten Einhaltung klarer Regeln abhängt, die für jedes Kandidatenland gleichermaßen gelten. Bulgarien ist an einem offenen und fairen Prozess interessiert, in dem es - durch eigene Verdienste und Erfolge gerechtfertigt - voranschreiten kann. Aus diesen Gründen begrüßen wir auch die Entscheidung des Europäischen Ministerrates, die Visarestriktionen für bulgarischen Bürger aufzuheben. Wir sehen dies als eine Bestätigung des Prinzips der individuellen Behandlung der Kandidaten. In dieser Entscheidung wurden Bulgariens Fortschritte und das Bemühen, seiner europäischen Identität entsprechend zu handeln, anerkannt. Geopolitisch gesehen wurde Bulgarien schließlich ein angemessener Platz im vereinten Europa von morgen gegeben. Bulgariens Bestreben, die Beitrittsverhandlungen erfolgreich abzuschließen und der EU in der nahen Zukunft beizutreten, ist Ausdruck einer politischen Selbstverpflichtung, wie sie in der Geschichte Bulgariens ohne Beispiel ist.

Wir alle haben uns auf die Vision einer Europäischen Union als eines wichtigen politischen Akteurs verpflichtet, der in der internationalen Politik sein volles Gewicht auf die Waagschale bringt. Bulgarien kann hier seine politische und wirtschaftliche Stabilität, seine Politik der ethnischen Toleranz und der gutnachbarlichen Beziehungen einbringen. Die spektakulären Errungenschaften der europäischen Integration während des vergangenen Jahrzehnts demonstrieren, dass das politische Ziel eines geeinten Europa durch die Erweiterung eine reale, erreichbare Perspektive ist.

Nadezhda Mihailova
Außenministerin Bulgariens

Bulgarien und Rumänien auf dem Weg in die EU

Bulgarien und Rumänien gehören zu der sog. „Helsinki-Gruppe“ der EU-Kandidaten, die auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 zu Beitrittverhandlungen eingeladen wurden. Für die beiden Länder war diese Einladung höchst willkommen, zugleich jedoch auch ein wenig unerwartet, liegen sie doch bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien deutlich hinter den anderen Kandidaten. Ihre Einladung war zugleich ein positives Signal an Südosteuropa seitens der EU. Nach dem Kosovo-Konflikt war die Zeit für eine neue, integrative Strategie gegenüber der Region gekommen. Durch die Einladung wurde vor allem die konstruktive Haltung Bulgariens und Rumäniens während des Kosovo-Konfliktes honoriert. Die beiden Balkanstaaten erhielten die Chance, das während der letzten Jahre des schmerzlichen Übergangs Versäumte nachzuholen. Denn obwohl die beiden Staaten bereits 1993 Assoziierungsabkommen mit der EU abgeschlossen hatten und 1995 offiziell einen Beitrittsantrag stellten, verlief der Transformationsprozess dort mit zahlreichen Rückschlägen, was aus den beiden Ländern kurzfristig fast aussichtslose Kandidaten machte, mit einem Bruttosozialprodukt pro Kopf für Bulgarien von nur 22% und für Rumänien von 27 % des EU-Mittelwertes (Stand 1999).

Bulgarien und Rumänien starteten die Beitrittsverhandlungen am 15. Februar 2000 mit der ziemlich ernüchternden Beurteilung der EU Kommission, daß sie die politischen Kriterien von Kopenhagen zwar erfüllen, aber bei weitem noch keine funktionierenden Marktwirtschaften sind. In den Verhandlungen mit Bulgarien wurden zunächst 6 der 31 Kapitel eröffnet (Wissenschaft und Forschung; Ausbildung und Training; Kleine und Mittlere Unternehmen; Kultur und Audiovisuelle Politik; Außenbeziehungen; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik); vier davon (bis auf Kultur und Außenbeziehungen) wurden bis Mitte des Jahres provisorisch abgeschlossen und weitere fünf in der zweiten Jahreshälfte eröffnet (Freie Bewegung von Kapital; Gesellschaftsrecht; Statistik; Telekommunikation; Gesundheit- und Verbraucherschutz).

Im Fall Rumäniens starteten die Verhandlungen mit fünf Kapiteln (Kleine und Mittlere Unternehmen; Wissenschaft und Forschung; Ausbildung; Außenbeziehungen; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik), die bis Mitte des Jahres provisorisch abgeschlossen wurden. Weitere vier wurden in der zweiten Hälfte 2000 eröffnet (Statistik; Kultur und Audiovisuelle Politik; Wettbewerbspolitik; Telekommunikation).

Die Zahl der derzeit geöffneten Kapitel (Bulgarien 11, Rumänien 9) liegt niedriger als bei den anderen Beitrittskandidaten und ist ein Indiz für das etwas langsamere Tempo der Verhandlungen der Kommission mit beiden Ländern. Beide haben sich wohlweislich selbst einen im Vergleich mit den anderen Kandidaten weiteren Zeithorizont für den erfolgreichen Abschluss ihrer Verhandlungen gesteckt - bis Ende 2004, bzw. 2005 mit einem eventuellen Beitritt 2005, bzw. 2006. Diese Entwicklung, auch bedingt durch ihre verhältnismäßig schwächeren wirtschaftlichen Leistungen, führte im Herbst 2000 zu ersten Forderungen nach einer „10 plus 2“-Aufteilung unter den Kandidaten. Bulgarien und Rumänien wurden von manchen Politikern bereits als Sondergruppe mit wenig Chancen für einen baldigen Beitritt behandelt - was in den Ländern selbst auf erhebliche Vorbehalte stieß. Der Jahresbericht der EU-Kommission vom Oktober 2000 stärkte diese Auffassung durch die Aufzählung einer Reihe von Mängeln, wie etwa das Fehlen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft, die Schwäche der Justiz, die allgegenwärtige Korruption, die unzulänglichen Kapazitäten bei der Implementierung des Acquis etc.

Allerdings war der Bericht der Kommission viel kritischer gegenüber Rumänien, was die bulgarische Regierung veranlasste, energisch gegen die fast schon automatische Ankoppelung Bulgariens an Rumänien zu protestieren. Die Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten, besonders auf dem Gebiet der Grenz- und Einreisepolitik, wurden Ende des Jahres anlässlich der Tagung der Justiz- und Innenminister der EU-Staaten über

die Abschaffung der Visumpflicht für bulgarische und rumänische Staatsbürger offenbar, als Bulgarien bessere Noten und damit die visumfreie Reise in den Schengenraum bekam. Die Befürchtungen, daß die beiden Staaten schlechtere Perspektiven für den EU-Beitritt haben, wurden zudem zunächst einmal beim EU Gipfel in Nizza zerstreut, als beide Länder - wie alle anderen Kandidaten auch - ihre künftigen Stimmenanteile und Abgeordnetensitze, gemäß ihrer Bevölkerung, im Europäischen Rat und im Europaparlament erhielten.

Bis zur Wahrnehmung dieser Zuteilung wird mit Sicherheit noch eine Weile vergehen, in der Bulgarien und Rumänien handfeste Beweise zu erbringen haben, dass ihre Gesellschaften und Wirtschaften tatsächlich „europareif“ sind. Dafür steht die EU mit ihrer Beitrittshilfe im Rahmen der PHARE, SAPARD und ISPA Programme zur Seite. Bis 2002 wird Bulgarien durch PHARE 100 Mio., durch SAPARD 52 Mio. und durch ISPA zwischen 83 und 125 Mio. Euro erhalten, Rumänien durch PHARE 242 Mio., durch SAPARD 150 Mio. und durch ISPA zwischen 208 und 270 Mio. Euro.

Das Jahr 2001 ist für die beiden Kandidaten von enormer Bedeutung. Die bulgarische Regierung erhofft sich durch den erfolgreichen Abschluss des Programms „Bulgarien 2001“, ihre Amtszeit mit einer positiven Bilanz zu beenden und dafür nicht nur eine Bestätigung ihres Europakurses bei den Parlamentswahlen im Juni zu erhalten, sondern auch im nächsten Bericht der EU-Kommission die Existenz einer funktionsfähigen Marktwirtschaft bescheinigt zu bekommen. Von Rumänien und seiner neuen Regierung erwartet man mehr als Kontinuität, eher einen Reformdurchbruch. Nur so werden die beide Staaten in der Lage sein, ihr relatives Zurückfallen auf dem Weg in die EU wettzumachen und ihre Chancen zu erhöhen, zumindest in der zweiten Gruppe der EU-Osterweiterung dabei zu sein. Weitere Hinweise finden Sie unter: <http://europa.eu.int/comm/enlargement>

Dr. Emil Mintchev

	Inflationsrate (1999)	Arbeitslosigkeit (in %)	BIP p. cap. in % des EU-Mittelwertes	Handelsbilanz (Exp./Imp. in %)	Exporte in die EU (in %)	Importe aus der EU (in %)
Bugarien	2,6	17,0	22	72,5	52,6	48,6
Tschechische Rep.	2,0	8,7	59	93,0	69,2	64,0
Estland	4,6	11,7	36	68,3	65,0	65,0
Ungarn	10	7,0	51	89,3	76,2	64,4
Lettland	2,4	14,5	27	58,4	62,5	54,5
Litauen	0,8	14,1	29	62,1	50,1	49,7
Polen	7,2	15,3	37	59,6	70,5	64,9
Rumänien	45,8	6,8	27	81,8	65,5	60,4
Slowakei	10,6	16,2	49	90,2	59,4	51,7
Slowenien	6,1	7,6	71	85,8	66,0	68,6

Aufbruch im westlichen Balkan. Das Ziel ist gesetzt – Mitgliedschaft in der Union

Der 10. Juni 1999 mag in die Geschichtsbücher als ein Schicksalstag, ja als ein Wendepunkt für die Geschehnisse Südosteuropas eingehen. Janusköpfig schließt er zugleich ein Kapitel südosteuropäischer Geschichte ab und öffnet ein neues: Nicht nur wurde an diesem Tag vom VN-Sicherheitsrat die Resolution 1244 unterzeichnet, welche die NATO-Luftoperationen im Kosovo beendete und der Region endlich Frieden brachte; am gleichen Tag billigten 38 Außenminister und 15 internationale Organisationen in Köln den Stabilitätspakt für Südosteuropa, mit dem die Europäer zum ersten Mal vom akuten Konfliktmanagement zur strukturellen Konfliktprävention in der Region übergingen.

Kern des Stabilitätspaktes ist, seit seiner Konzipierung im Auswärtigen Amt, das Angebot der „Perspektive der vollen Integration“ Albanien, Bosnien und Herzegowinas, Kroatiens, Mazedoniens und der Bundesrepublik Jugoslawien in die Europäische Union (Gemeinsame Position des Rates vom 17. Mai 1999). Seither sind diese Staaten „potentielle Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft“ (Europäischer Rat in Feira vom 19./20. Juni 2000). Die Kritiker dieser fast revolutionären Erweiterung des Kandidatenkreises der EU waren zahlreich, sowohl in der Bundesregierung wie im Europäischen Rat der Außenminister, und ihre Argumente haben Substanz: Es gebe schon genug Hürden in den laufenden Erweiterungsverhandlungen, zudem sei die Kommission schon heute personell wie operationell schlichtweg überfordert – sollte man da nicht erst einmal die bisherigen Kandidaten integrieren, bevor man neue einlädt? Besteht nicht die Gefahr einer Schwächung, geradezu einer „Balkanisierung“ der Union, wenn man nun auch noch das „Pulverfass Balkan“ in die EU aufnimmt? Weckt eine solche Perspektive nicht völlig unrealistische Erwartungen angesichts des enormen Rückstandes dieser Länder? Nicht ganz so offen ausgesprochen, doch heute und in Zukunft wirksam war die Annahme in den südlichen Ländern der EU, eine Aufnahme des Balkan werde weitere finanzielle Mittel der Strukturfonds von ihren Ländern ablenken.

Durchgesetzt haben sich allerdings diejenigen, die für eine klare Beitrittsperspektive votierten. Das Argument ist ebenso einfach wie einsichtig: Die EU-Politik nach dem Feuerwehrprinzip im zerfallenden Jugoslawien der letzten Dekade hatte sich als völlig unzureichend erwiesen. Strukturelle Konfliktprävention, die langfristig die Ursachen der Konflikte im Ansatz zu mindern sucht, verlangt dagegen eine fundamentale Transformation der

Gesellschaften. Um den Teufelskreis von Misstrauen, Gewalt und Nationalismus zu durchbrechen, ist ein enorm zugkräftiger Stimulus nötig – und dazu taugt, analog zu den sehr positiven Erfahrungen in Ostmitteleuropa, nur die Beitrittsperspektive in Europäische Union und NATO. Wie sehr diese Perspektive bereits heute die Menschen motiviert, wird bei jedem Besuch in der Region offenbar – Bosnien etwa hat im letzten Sommer ein eigenes Europaministerium geschaffen.

Praktische Umsetzung findet diese Perspektive im „Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess“, den die Union spezifisch für diese Region entworfen hat – mit einem eigenen Typus von Abkommen („Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen“, SAA), einer Wiederaufbauagentur in Thessaloniki und einem separaten Hilfsprogramm („Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilization“, CARDS) in einer Größenordnung von 4,65 Mrd. Euro bis 2006. Auch hier gilt das Prinzip der Konditionalität: Das Ausmaß der Unterstützung hängt unmittelbar von Tempo und Reichweite der Reformen ab. Für die Aufnahme von SAA-Verhandlungen mit der EU bleiben die „Schlussfolgerungen des Rates über Konditionalität“ vom April 1997 maßgeblich: Voraussetzungen sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschen- und Minderheitenrechte, freie und faire Wahlen, keine Diskriminierung, die Umsetzung der ersten Schritte einer Wirtschaftsreform, die nachweisliche Bereitschaft zu gutnachbarlichen Beziehungen sowie die volle Einhaltung des Dayton-Abkommens, einschließlich der Zusammenarbeit mit dem Tribunal in Den Haag. Was dies etwa für die neue jugoslawische und serbische Führung bedeutet, ist offensichtlich.

Die SAA zielen auf eine sukzessive Angleichung der nationalen Gesetzgebung an den *Acquis Communautaire* und decken alle Bereiche des Gemeinschaftsrechtes ab. Am Abkommen mit Mazedonien, das am 24. November 2000 als erstes nach siebenmonatigen Verhandlungen unterzeichnet wurde, lassen sich die wichtigsten Konturen eines solchen Abkommens verdeutlichen. Es enthält eine „evolutionary clause“ mit der expliziten Perspektive der EU-Mitgliedschaft; es sieht eine über zehn Jahre sukzessiv herzustellende Freihandelszone mit der EU vor; es verlangt vom Signatar den Abschluss von Kooperationsabkommen mit allen anderen SAA-Ländern binnen zweier Jahre; und es sieht eine Implementierungsphase von zehn Jahren vor. Erst danach können Beitrittverhandlungen beginnen.

Kroatien hat als zweites am 24. November 2000 mit der Kommission SAA-Verhandlungen aufgenommen, auf dem Gipfel der westlichen Balkanstaaten mit der EU in Zagreb – noch vor einem Jahr schlichtweg unvorstellbar, als die EU mit Kroatien nicht einmal ein Kooperationsabkommen abzuschließen bereit war und das Land von nahezu allen Hilfsprogrammen ausschloss. Die BRJ wurde im Oktober, nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, in den Stabilitätspakt und in den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess aufgenommen. Eine gemeinsame Joint Consultative Task Force bereitet derzeit die Verhandlungen vor – wobei Belgrad, wenn denn die gleichen Maßstäbe angelegt werden wie an alle anderen Staaten der Region, zunächst noch ein umfangreiches Reformpaket verabschieden und implementieren muss, um die „Schlussfolgerungen über Konditionalität“ zu erfüllen. Für Albanien hat die Kommission zwar bereits im September 1999 eine „Machbarkeitsstudie“, Voraussetzung für den Verhandlungsbeginn, erstellt, doch fiel diese kritisch aus. Zunächst müssen noch einige Auflagen erfüllt werden. Bosnien und Herzegowina dagegen droht den Anschluss zu verlieren – die gesamtstaatlichen Institutionen erweisen sich als unfähig, die Vorbedingungen der EU, niedergelegt in einer „Road Map“, zu erfüllen.

Eine zentrale Frage wird nun sein, ob die Kommission zu einer wirklichen Differenzierung zwischen den Ländern bereit ist – entsprechend dem enormen Entwicklungsgefälle in der Region. Dazu gehören maßgeschneiderte SAA, je nach Reformfortschritt, aber auch eine Konzeption, die es ermöglicht, zu Ländern wie Rumänien oder Bulgarien aufzuschließen, die bereits in Erweiterungsverhandlungen stehen. EU-Kommissar *Verheugen* hat dies Kroatien in Aussicht gestellt, das ein dreimal so hohes BSP wie Serbien und mehr als doppelt so hohes wie Rumänien hat, signifikante Reformfortschritte macht, nun aber aus dem Fokus des europäischen Interesses zu rücken droht. Oder wird es, ähnlich wie im Fall Polen, keine Integration eines westlichen Balkanstaates vor Serbien geben? Die laufenden Verhandlungen mit Zagreb werden ebenso wie die Verteilung der CARDS-Gelder auf die einzelnen Länder (derzeit sind etwa 50% allein für die BRJ geplant) Aufschluss darüber geben, welche Prioritäten die Politik der Union gegenüber dem westlichen Balkan in den nächsten Jahren setzen wird. Weitere Hinweise finden Sie unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/see

Dr. Rafael Biermann

Serbien nach den Wahlen

Die Parlamentswahlen am 23. Dezember in Serbien waren vorhersehbar, zugleich richtungsweisend. Sie haben die Unumkehrbarkeit des demokratischen Wandels bestätigt, den Prozess der Überwindung der Relikte des *Milosevic*-Regimes weiter vorangetrieben und dem Land neue Zukunftsaussichten eröffnet.

Der Sieg der Demokratischen Opposition Serbiens (DOS) war keine Überraschung. Die DOS gewann 64,08 % der Stimmen und damit 176 der 250 Sitze im Parlament – der überzeugendste Sieg in der Geschichte des Mehrparteiensystems im Land. Die Sozialistische Partei *Milosevics* kam zweitplatziert mit 13,76 % der Stimmen auf 37 Sitze, während die Vereinigte Linke von *Milosevics* Frau *Mirjana Markovic* mit nur 0,39 % die Fünf-Prozent-Hürde klar verfehlte. Ebenso erging es den beiden Parteien, die kürzlich von ehemaligen Gefolgsleuten des *Milosevic*-Regimes gegründet wurden – (*Zoran Lilics*) Serbische Sozialdemokratische Partei gewann 0,78 % und (*Milorad Vucelics*) Demokratische Partei der Sozialisten nicht mehr als 0,85 % der Stimmen. All dies zeigt eine deutliche Unzufriedenheit der Wählerschaft sowohl mit den Leuten des alten Regimes als auch mit der Politik, die Serbien bis zum 5. Oktober geprägt hat.

Die sogenannte „linke“ Option war nicht die einzige, die von der Wählerschaft verworfen wurde. Die ehemals führende Oppositionspartei, die Serbische Erneuerungsbewegung des *Vuk Draskovic*, wird keine Sitze im neuen Parlament haben. Sie verfehlte ebenfalls die Fünf-Prozent-Hürde. Dieses Ergebnis, das tiefe Enttäuschung in der Partei hervorgerufen hat, wird dort zum Teil auf eine „Dämonisierung“ durch das *Milosevic*-Regime zurückgeführt, die auch unter der DOS nicht aufgehört habe; aber es gibt durchaus auch die Einsicht, dass einen Teil der Verantwortung die Partei selbst trägt. Diese sucht die Erklärung für ihr schlechtes Abschneiden natürlich in der Wahlkampfführung. Die breitere Öffentlichkeit dagegen sieht das Ergebnis als Abstrafung dafür, dass die Serbische Erneuerungsbewegung vor den Wahlen am 24. September nicht der DOS beigetreten ist.

Wenn auch das Ergebnis als Ganzes vorhersehbar war, so gab es doch eine große Überraschung – das Abschneiden der Partei der Serbischen Einheit, gegründet von dem notorischen Paramilitär *Zeljko „Arkan“ Raznatovic*, angeklagt wegen Kriegsverbrechen und ermordet im Januar 2000. Die Partei wird 14 Sitze im Parlament haben und damit überraschend die vierte Fraktion im Parlament stellen. Dieses erstaunliche Abschneiden – auch wenn der Parteivorsitzende *Borislav Pelevic* ein Ergebnis von 10 % erwartete und

sich enttäuscht zeigte – hängt wohl mit mehreren Faktoren zusammen. Sicherlich hat es mit der relativ niedrigen Wahlbeteiligung von 59 % zu tun. Manche der Wähler, die am 24. September noch die DOS wählten, nahmen offensichtlich nicht an den Wahlen teil in der Annahme, dass die wichtigste Aufgabe, nämlich die Ablösung *Milosevics*, bereits erfüllt ist. Dagegen könnten viele, die zuvor die Sozialisten oder die Radikalen gewählt haben, diesmal die Partei der Serbischen

Die Bürger Serbiens erwarten nun von der DOS rasche Ergebnisse (in dieser Reihenfolge): Wirtschaftswachstum und Entwicklung, verbesserter Lebensstandard, ein Ende von Korruption und Kriminalität, Förderung von Demokratie, schnelle Schaffung neuer Arbeitsplätze, Lösungen für Probleme der sozialen Sicherheit und Unterstützung, ebenso in der nationalen Frage und der Privatisierung.

Das wird nicht einfach, berücksichtigt



Einheit gewählt haben. Die zweite Erklärung liegt wohl in der Situation im Kosovo und in Südserbien, ebenso wie in Problemen der neuen Regierung, innerhalb Serbiens eine ununterbrochene Energieversorgung sicherzustellen. Die Unfähigkeit der DOS-Regierung, rasch Lösungen für diese Probleme zu finden (was auch kaum möglich war), erlaubte es der Partei der Serbischen Einheit, die Unzufriedenheit mancher zu nutzen und Lösungen quasi über Nacht zu versprechen. Damit ist sie zu einer Rivalin der Serbischen Radikalen geworden. Die Radikalen erhielten im Dezember die drittmeisten Stimmen und damit 23 Sitze (8,59 % der Stimmen) im neuen Parlament. Ohne den Erfolg der Partei der Serbischen Einheit hätten die Radikalen sicherlich noch besser abgeschnitten.

Insgesamt bedeutet das Wahlergebnis, dass wahre Reformen nun endlich eingeleitet werden können. Sicherlich wird die DOS unzählige Probleme im Transitionsprozess meistern müssen – doch, um *Churchill* zu zitieren, Probleme verursacht durch Siege werden eher akzeptiert als solche, die durch schlechte Wahlergebnisse ausgelöst werden.

man, dass Reformen zeitverzögert wirken, die serbischen Bürger jedoch erschöpft und sehr ungeduldig sind. Zudem ist die DOS eine heterogene Koalition, was gewisse Kompromisse notwendig macht, um alle Partner an Bord zu halten. Damit verbunden ist die Frage, wie haltbar und langlebig diese Koalition wohl sein wird. Keiner weiß es, doch die Absicht besteht, die DOS bis zu den serbischen Präsidentschaftswahlen Ende diesen Jahren zusammenzuhalten. Schließlich gibt es die allgemeine Annahme hier, dass nicht nur die DOS die Dezemberwahlen abgewartet hat, bevor sie die notwendige Flurbereinigung vornimmt, sondern auch die internationale Gemeinschaft. Mit der DOS nun fest im Sattel, wird etwa die Frage nach der Zusammenarbeit mit dem Tribunal in Den Haag auf der politischen Tagesordnung hochgestuft werden. All dies wird nicht einfach. Aber der Prozess der Erneuerung hat begonnen. Die Menschen hier wollen sicher sein, dass die Zukunft niemals so wird, wie es die vergangenen dreizehn Jahre waren.

Milica Delevic Djilas
Alternatives Akademisches Netzwerk
(AAEN), Belgrad

Niederschmetternde Wahlniederlage der Regierungskoalition in Rumänien

Die Sieger bei den am 26. November und 10. Dezember 2000 (Stichwahl für das Staatsoberhaupt) abgehaltenen Präsidenten- und Parlamentswahlen in Rumänien heißen *Ion Iliescu* und seine Partei der sozialen Demokratie (PDSR). Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Das Überraschende war das erstaunlich starke Abschneiden von *Corneliu Vadim Tudor* und der von ihm geführten Großrumänienpartei (PRM). Beide Parteien standen in den letzten vier Jahren in der Opposition und verbuchten große Gewinne - nicht wegen ihrer politischen Konzepte und Strategien, sondern wegen der Schwäche und der verpassten Möglichkeiten der Parteien, die in dieser Zeit die Regierung stellten. Die Regierungskoalition erlitt ein Wahldebakel ohne Wenn und Aber. Die führende Kraft der Regierung, die Christlich-Demokratische Nationale Bauern Partei (PNTCD), konnte nicht einmal den Sprung in das Zweikammer-Parlament schaffen. Die Hürde lag bei 5% für Parteien (vor vier Jahre 3%) und 10% für Allianzen (bestehend aus zwei oder mehreren Parteien, vor vier Jahre 8%).

Die Partei von *Ion Iliescu* gewann zwar die Parlamentswahlen mit beträchtlichem Vorsprung, aber ganz glücklich kann sie mit dem Gesamtergebnis nicht sein. Sie verfehlte die absolute Mehrheit im Unterhaus um neun, im Oberhaus um sechs Sitze. Sie ist auf die Koalition mit oder zumindest auf die parlamentarische Duldung anderer Parteien angewiesen. Da die extrem nationalistische Großrumänienpartei - die zweitstärkste Kraft im Parlament - als Partner nicht in Frage kommt, hat sich die PDSR mit den drei kleinen Parteien zu arrangieren, die bisher auf der Regierungsbank saßen: den Nationalliberalen (PNL), der Demokratischen Partei (PD) und dem Ungarnverband (UDMR). Es zeichnet sich derzeit ab, dass die drei Parteien die Amtsübernahme durch ein PDSR-Minderheitskabinett unterstützen. Allerdings sind sie nicht bereit, für die Politik dieser Regierung einen Blankoscheck auszustellen. Ob es nun dazu kommt

oder nach weiteren Verhandlungen doch eine Koalition mit einer dünnen Mehrheit gebildet wird, fest steht auf jeden Fall, dass deren Spielraum eng sein wird.

Allerdings kann es passieren, dass einige Parlamentarier aus den Reihen der Großrumänienpartei austreten und der PDSR beitreten. In diesem Fall könnte die Minderheitsregierung von *Adrian Nastase* im Laufe der Legislaturperiode doch noch zu einer stabilen Mehrheit finden. Der Prozess der Abspaltung in den Reihen der Partei von *Vadim Tudor* scheint bereits begonnen zu haben. Sein designierter „Ministerpräsident“ (für den Fall, dass er die Wahlen gewonnen hätte) *Ion Radu*, derzeit stellvertretender Oberbürgermeister von Bukarest, ist bereits aus der Partei ausgetreten, weil er mit *Tudor* nicht länger zusammenarbeiten will.

Das große Fragezeichen aber ist die Willigkeit der PDSR, die weiterhin in allen Bereichen notwendigen Reformen durchzuführen. Es kann passieren, dass Vertreter der neuen Regierung durch Lippenbekenntnisse ihren Willen zur Weiterführung der Reformen und zur Integration in die euro-atlantischen Strukturen bekunden, aber in Wirklichkeit, wie auch von 1992 bis 1996, die Reformen verlangsamen, rückgängig machen oder gar nicht beginnen. Ganz zu schweigen davon, dass einige Reformen von *Isarescu* gestoppt werden.

Iliescu und die PDSR haben viele soziale Versprechen gemacht, sich über deren Deckung aber kaum geäußert. Zwischen diesen Zusagen einerseits und der strengen Kontrolle andererseits, die der Internationale Währungsfonds weiterhin ausüben wird (und die auch das vorangegangene Kabinett zu spüren bekam), ist der Handlungsspielraum stark begrenzt. Die Regierenden stehen aber unter hohem Zeit- und Erwartungsdruck, da die Bevölkerung elf Jahre nach der großen politi-

schen Wende endlich im eigenen Alltag erfahren möchte, dass Demokratie und Marktwirtschaft tatsächlich die leistungsfähigeren, mehr Wohlstand schaffenden Systeme sind. Ernsthafte Reformen verlangen aber zuerst einmal Opfer, und es ist fraglich, wie weit eine Minderheitsregierung Kraft und Zeit haben wird, sie dem Land zuzumuten.

Noch mehr im Rampenlicht standen die Wahlen zum Staatsoberhaupt. Angetreten waren 12 Kandidaten, nennenswerte Chancen hatten aber nur vier von ihnen: *Ion Iliescu* (PDSR); *Corneliu Vadim Tudor* (PRM); *Theodor Stolojan* (PNL) und *Mugur Isarescu*, der amtierende Ministerpräsident. Im 1. Wahlgang am 26. November 2000 erreichte *Ion Iliescu* (PDSR) 36,61 % der Stimmen, *C. Vadim Tudor* (PRM) 28,33 %, *Theodor Stolojan* (PNL) 11,92 %, *Mugur Isarescu* (CDR 2000) 9,58 %, *György Frunda* (UDMR) 5,74 %, *Petre Roman* (PD) 3,01 % und *Teodor Melescanu* (ApR) 1,92 %. Die übrigen Kandidaten kamen auf 1,64 %.

Für die Stichwahl am 10. Dezember 2000 hatten sich die ersten beiden Kandidaten qualifiziert. Die eigentliche Überraschung war dabei nicht, dass neben *Iliescu* der Ultranationalist *Tudor* in die Stichwahl vorstieß, denn die Umfragen hatten seinen Vormarsch in den letzten Wochen signalisiert; überraschend war das Ausmaß seiner Stimmenanteile. Über 28 % der Stimmen konnte *Tudor* auf sich vereinen. Keines der vier Meinungsforschungsinstitute hatte dies vorausgesagt. Prominente Intellektuelle hatten allerdings vor dem Urnengang die Kandidaten aus dem Regierungslager dazu aufgerufen, ihre Kräfte zu einen, um *Vadim Tudors* Vorrücken in die zweite Runde zu verhindern - vergeblich.

In der Stichwahl kam *Iliescu* auf über 66% der Stimmen und wurde erneut (zum letzten Mal) zum Staatspräsidenten gewählt. Auf *Tudor* entfielen 33,17 % der Stimmen. Wer aber annimmt, damit sei die weitere Europaorientierung Rumäniens sichergestellt, muss sich einige Fragen gefallen lassen. *Ion Iliescu* ist der Mann, von dem viele Rumänen glauben, er habe 1989 die Macht durch Manipulation an sich gerissen, um „Schlimmeres“ (also den Untergang des Kommunismus) zu verhindern. Seine erste Amtszeit hat ihm zudem nicht den Stempel des entschiedenen Reformers eingetragen. Allerdings hat sich auch *Emil Constantinescu*, *Iliescus* Nachfolger von 1996, nicht mit Ruhm bekleckert. *Constantinescu* stellte sich nach nur einer Amtszeit nicht mehr zur Wahl. Der Universitätsprofessor meinte resignierend, in Rumänien hätten nur Kriminelle eine Chance. Dass er aber zwei Jahre lang wenig dagegen unternommen hat und sich in Machtkämpfe mit der Regierung verstrickte, steht auf einem anderen Blatt. Heute liegt die Inflation bei 40 Prozent, die Arbeitslosigkeit bei 11 Prozent, der Durchschnittslohn beträgt etwas über 90 US\$. Damit haben sich die Aussichten auf die Aufnahme in die EU oder gar in die NATO wohl kaum erhöht. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich das Comeback des Altpolitikers *Iliescu* wenigstens ansatzweise erklären.

R.A., Bukarest

Ausgang der Wahlen vom 26. November 2000

1. Das Unterhaus (Abgeordnetenversammlung):

Wahlbeteiligung:	65,31 %
Partei der sozialen Demokratie (PDSR):	36,61 %
Großrumänienpartei (PRM)	19,48 %
Demokratische Partei (PD)	7,03 %
National Liberale Partei (PNL)	6,89 %
Demokratische Union der Ungarn (UDMR = RMDSZ)	6,79 %
Alle anderen Parteien haben die 5% Hürde verfehlt.	

2. Das Oberhaus (Senat):

Wahlbeteiligung:	65,31 %
Partei der sozialen Demokratie (PDSR):	37,09 %
Großrumänienpartei (PRM)	21,01 %
Demokratische Partei (PD)	7,58 %
National Liberale Partei (PNL)	7,48 %
Demokratische Union der Ungarn (UDMR)	6,90 %
Alle anderen Parteien haben die 5% Hürde verfehlt.	

Sitzverteilung im Parlament:

Parteien	Abgeordnetenhaus	Senat
Partei der sozialen Demokratie (PDSR):	155 (45,45%)	65 (46,43%)
Großrumänienpartei (PRM)	84 (24,63%)	37 (26,42%)
Demokratische Partei (PD)	31 (8,80%)	13 (9,29%)
National Liberale Partei (PNL)	30 (8,80%)	13 (9,29%)
Demokratische Union der Ungarn (UDMR)	27 (7,92%)	12 (8,57%)

Schicksalsjahr oder bloß eine Atempause? Ein Rückblick auf das Jahr 2000 im westlichen Balkan

Im westlichen Balkan waren im zurückliegenden Jahr mehrere Wahlen für die politische Entwicklung kennzeichnend. In Serbien und Kroatien kam es dabei mit Abwahl der Regime, die im vergangenen Jahrzehnt die Macht innehatten, zu den wohl markantesten Veränderungen seit dem Zerfall Jugoslawiens. Dem militanten Nationalismus, der von Belgrad, zeitweise auch von Zagreb aus die verhängnisvolle Entwicklung im früheren Jugoslawien wesentlich bestimmt hatte, scheint die Spitze gebrochen. Auch wenn noch schwierige Probleme zu bewältigen bleiben - Bosnien, Kosovo, Montenegro, die wirtschaftliche und soziale Notlage; die Chancen für friedlichen Wiederaufbau und Zusammenarbeit in der Region und für ihre Rückkehr in den Prozess der europäischen Integration sind am Ende des Jahres 2000 besser als zu Anfang. Dass in beiden Fällen demokratischer Wandel von innen heraus stattfand, spricht für die politische Reife der Wähler und bestätigt den Ansatz der internationalen Gemeinschaft.

Auch im Kosovo brachten (erste freie Mehrparteien-)Wahlen, in denen die gemäßigten Kräfte unter dem politisch vielfach totgesagten *Rugova* die Oberhand über die militanteren Parteien gewannen, Fortschritt. Sie legten den Grund für echte Gemeindeführung, ohne damit die Regelung der noch offenen Frage des Kosovo-Status zu präjudizieren.

In Bosnien und Herzegowina, wo die Lebensfähigkeit der durch das Dayton-Abkommen geschaffenen staatlichen Konstruktion aus eigener Kraft immer noch nicht gesichert erscheint, konnten in Gemeindeführungen im Frühjahr und in Parlamentswahlen im Herbst die nicht-ethnisch orientierten Parteien zwar stärkere Gewinne verbuchen, doch behielten in den serbischen und kroatischen Gebieten die nationalistischen Parteien, deren Loyalität zum Gesamtstaat bisher nicht zweifelsfrei war, ihre führende Position. Von großer Bedeutung ist deshalb die Haltung der neuen Führungen in Belgrad und Zagreb zu Bosnien.

Alle Staaten der Region erzielten nach dem Ende der Kriege gegenüber 1999 verbesserte Wirtschaftsdaten. Dabei hat das Prokopfeinkommen bisher allerdings nirgends den Stand von 1989 schon wieder erreicht. Der allseits angestrebte Übergang zu funktionierender Marktwirtschaft ist noch in keinem der Länder voll gelungen. Kriegsfolgen, Verlust von Märkten in der Region und in Osteuropa, mangelnde Konkurrenzfähigkeit, hohe Ar-

beitslosigkeit, Missmanagement, politisches Günstlingswesen gelten - in je nach Land unterschiedlicher Stärke - als Hauptprobleme, die sie mit anderen Reformstaaten teilen.

Kroatien dürfte für seine wirtschaftliche Entwicklung in näherer Zukunft vergleichsweise gute Karten haben. Der seit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu Jahresanfang 2000 vollzogene politische Kurswechsel schlägt sich in einer Reihe von Maßnahmen nieder, die die Absicht der neuen Führung dokumentieren, die Freiheit der Medien zu sichern, den Minderheitenschutz zu verbessern, die Rückkehr auch für serbische Flüchtlinge zu erleichtern, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten, Bosnien und Herzegowina als Gesamtstaat zu stützen und an regionaler Kooperation teilzunehmen, die früher so gut wie tabuisiert war.

Serbien steht nach der Entfernung *Milosevics* und der ihn unterstützenden Parteien von der Macht vor einem Berg schwierigster Probleme, unter denen die effektive Verbesserung der katastrophalen Wirtschaftslage nach dem im regionalen Vergleich tiefsten Absturz sowie die Regelung des Verhältnisses zu Montenegro und zum Kosovo herausragen. Die neue serbische Führung verfügt über eine eindeutige parlamentarische Mehrheit - die allerdings bald inneren Zerreißproben ausgesetzt sein könnte, etwa über der Frage der Strafverfolgung oder Auslieferung *Milosevics*. Sie genießt starke internationale initiale Unterstützung, die ihre europäische Orientierung honoriert.

Gegenüber den Nachbarn haben *Kostunica* und *Djindjic* Zeichen gesetzt. Bosnien und Herzegowina wurde als Gesamtstaat anerkannt, der Rechtsnachfolgeanspruch bezüglich Jugoslawiens wurde aufgegeben, gegenüber Montenegro wird Konfrontation vermieden, die Haltung zum Kosovo ist vorsichtig-rechtswahrend, wobei hinsichtlich der bewaffneten Übergriffe aus dem Kosovo nach Südserbien Stärke demonstriert und gleichzeitig Einvernehmen mit der internationalen Gemeinschaft gesucht wird.

Serbien und Montenegro sollten in der Lage sein, über ihr künftiges Verhältnis eine Verständigung zu erzielen, die der entstandenen realen Lage Rechnung trägt und gleichzeitig einen Bruch vermeidet. Dagegen ist eine baldige Lösung des Problems des Kosovo-Status nicht zu erwarten. Die Kosovo-Albaner bestehen

-nach Repression und Krieg einmütiger denn je - auf ihrer Unabhängigkeit von Serbien-Jugoslawien. Die neue jugoslawische wie die serbische Führung dagegen beharren auf der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, wie sie von der VN Res 1244 zugesichert wurde. Dabei weiß man auch in Serbien, dass mit dem Bestehen auf diesem Rechtsgrundsatz allein das Kosovo nicht zurückzugewinnen ist.

Allerdings steht nicht nur die territoriale Integrität Serbien-Jugoslawiens auf dem Spiel. So wird in Mazedonien befürchtet, die staatliche Verselbständigung des Kosovo könnte großalbanische Tendenzen fördern und am Ende zur Teilung Mazedoniens in einen slavomazedonischen und einen albanischen Teil führen. Auch für das als Gesamtstaat noch wenig stabile Bosnien wird als mögliche Folge ein Wiederaufleben der Teilungsdebatte befürchtet. Es ist deshalb nicht damit zu rechnen, dass die internationale Gemeinschaft ihren prinzipiellen Standpunkt ändern wird. Sie wird vielmehr auf friedlichen Wandel im weitesten Sinn setzen. Dazu wird es darauf ankommen, dass die serbisch-jugoslawische Seite vertrauensbildende Schritte unternimmt und unter Beweis stellt, dass sie eine andere Kosovo-Politik als *Milosevic* führt. Von der albanischen Seite wird erwartet, dass sie mit wachsender Autonomie den Schutz der Rechte der Serben und Roma - einschließlich des Rückkehrrechts für Flüchtlinge - ernster nimmt und effektiv garantiert. An den Führungen der Albaner in allen drei Gebieten - Kosovo, Mazedonien, Albanien - liegt es, die Sorge ihrer Nachbarn und der internationalen Gemeinschaft zu zerstreuen, dass die Bildung von „Großalbanien“ angestrebt werden könnte.

Anhand der Kosovo-Frage ist klar zu sehen, wie wichtig der regionale Ansatz ist, für den sich die internationale Gemeinschaft auf dem Balkan entschieden hat. Dieser Ansatz hat sich in der Schaffung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa und in der Einführung des Instruments der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen niedergeschlagen. Ein Hauptzweck ist die Förderung intensivster Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region, als wesentliche Voraussetzung ihrer Einbeziehung in die europäische Integration. Wird dieses Ziel erreicht, so kommt es - wie Beispiele in Westeuropa zeigen - auch nicht mehr auf Grenzziehungen an, können Grenzen bleiben, wo sie sind, um gegenstandslos zu werden.

Botschafter a.D. Dr. Hansjörg Eiff

AUS DER TASK FORCE SÜDOSTEUROPA

Die Task Force Südosteuropa stellt sich vor – ein Selbstporträt

Es scheint, als habe über der Task Force Südosteuropa am ZEI bei ihrer Gründung im August 1999 ein günstiger Stern gestanden. Zwar gilt auch hier, was *Sören Kierkegaard* einst trefflich in die Worte fasste: „Geschichte wird nach vorne hin gelebt und nach hinten erklärt.“ Der historische Abstand ist noch zu gering, um definitive Urteile zu fällen. Doch gibt es begründeten Anlass zu der Annahme, dass nach Beendigung des Kosovo-Krieges, des vierten Krieges in nur einer Dekade auf dem westlichen Balkan, eine neue Seite im Buch der südosteuropäischen Geschichte aufgeschlagen ist. Die Gründung des Stabilitätspaktes und die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in den Beitrittsprozess der Europäischen Union, das Ableben *Tudjman*s und das Ende der unseligen *Milosevic*-Ära signalisieren eine prinzipielle Trendumkehr in Südosteuropa. Von daher war es folgerichtig, dass das Zentrum für Europäische Integrationsforschung mit der Gründung der Task Force Südosteuropa die eigenen Aktivitäten in der Region neu strukturierte, bündelte und erheblich erweiterte.

Das Programm der Task Force ruht auf drei Pfeilern: Forschung, Politikberatung und Weiterbildung. Im Bereich Forschung entstehen derzeit zwei umfassende Monographien: zur internationalen Konfliktprävention im Kosovo 1989 bis 1999 (Habilitation *Dr. Biermann*) sowie zur europäischen Ausrichtung Südosteuropas nach dem Ende des Kosovo-Konfliktes (*Dr. Mintchev*). Hinzu kommen Sammelbände zu *Lessons learned* im deutschen Konfliktmanagement auf dem Balkan (*Dr. Biermann*) sowie zur Rolle und Bedeutung Bulgariens (Außenminister a.D. *Stanislav Daskalov/Dr. Mintchev*) und Kroatiens (Direktor des IMO *Prof. Mladen Stanicic*) auf dem Weg in die Europäische Union.

Die Politikberatung basiert auf zwei eigenständigen, dennoch sich bedingenden Ansätzen: Zum einen führt die Task Force bilaterale Kooperationsprojekte mit einzelnen Ländern der Region durch; zum anderen initiiert sie Projekte mit regionaler Ausrichtung und

Beteiligung. Damit wird gleichzeitig dem höchst unterschiedlichen Entwicklungsniveau der Länder Rechnung getragen wie auch dem transnationalen Charakter vieler Herausforderungen, die sich für die Region als Ganzes stellen.

Das ZEI hat bilaterale Rahmenabkommen mit dem Außenministerium Bulgariens und dem Europaministerium Kroatiens abgeschlossen, um beide Länder bei der Heranführung an die Europäische Union zu unterstützen. Vereinbarungen mit weiteren Ländern der Region, insbesondere mit der Bundesrepublik Jugoslawien, werden derzeit angebahnt. Die bilaterale Kooperation, für die jedes der Ministerien eine hochrangige Kontaktperson als Senior Fellow des ZEI ernannt hat, umfasst regelmäßige Besuche und Konsultationen, gemeinsame Konferenzen, Publikationen in der Schriftenreihe und in den Discussion Paper des ZEI sowie die Einladung von Gastwissenschaftlern und Studenten als Senior Fellows und als Masters-Studenten an das ZEI.

Regionale Projekte der Task Force orientieren sich in Zielsetzung wie Gehalt am Stabilitätspakt für Südosteuropa. Grundsätzlich werden Vertreter aus allen Ländern der Region zu den Veranstaltungen eingeladen, um den Dialog und die Kooperation untereinander zu stärken. Die Veranstaltungen werden ganz überwiegend in der Region selbst durchgeführt. So hat die Task Force im August/September 2000 in Dubrovnik einen einwöchigen Kurs über aktuelle Europafragen für junge Diplomaten aus der ganzen Region angeboten, organisiert gemeinsam mit der Diplomatenakademie des Außenministeriums der Republik Kroatien und finanziert vom deutschen Auswärtigen Amt. Mitarbeiter des ZEI haben ebenso wie Vertreter der EU-Kommission referiert. Die Veranstaltung findet künftig alljährlich als „Stability Pact Summer School“ in Dubrovnik statt.

Fortbildung, insbesondere in Europafragen, ist ein enormes Desiderat in der ganzen Region. Wenn es nicht gelingt, die junge Gene-

ration in Südosteuropa an die europäischen Normen und Werte heranzuführen, kann die langfristige Stabilisierung der Region kaum gelingen. Stabilität durch Bildung muss im Rahmen des Stabilitätspaktes einen größeren Stellenwert gewinnen. Deshalb hat die Task Force ein Projekt mit großem Zukunftspotential initiiert, das „Offene Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa.“ Das Netzwerk, gefördert von der Hochschulrektorenkonferenz und inzwischen auch vom DAAD, wurde im Januar 2000 mit Vertretern aus allen Ländern der Region etabliert. *Dr. Emil Mintchev* von der Task Force wurde zum Koordinator des Netzwerkes ernannt. Im Oktober 2000 fand in Cluj/Rumänien die zweite Konferenz statt, in deren Verlauf sich die Teilnehmer auf eine sehr ambitionierte Agenda und Struktur des Netzwerkes einigten. Dazu gehört die Erarbeitung eines spezifischen Kerncurriculums für Europastudien in der Region, die Herausgabe einer Serie von Lehrtexten für Europastudien, die Ermittlung und Förderung von zwei bis drei Europazentren mit regionaler Ausstrahlung in ganz Südosteuropa, die Stärkung von Europawissen an den Schulen, die Nutzung von modernen Techniken des „distant learning“ und ein Austausch von Lehrkräften und Studenten. All dies wird in einzelnen Arbeitsgruppen in den kommenden Jahren realisiert, deren erste sich im November 2000 in Zagreb trafen. Eine umfassende Datenbank über Europastudien in der Region wird derzeit von der Universität Sofia im Auftrag des Netzwerkes aufgebaut.

In den nächsten Ausgaben wird der *SOE-Monitor* über einzelne Maßnahmen konkreter berichten und zugleich weitere Projekte vorstellen, die derzeit in Vorbereitung sind – etwa über den Aufbau eines gemeinsamen „Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrums“ in Rouse/Giurgiu, das unter Leitung der Hochschulrektorenkonferenz mit Unterstützung der Task Force Südosteuropa entstehen soll. Ausführlichere Informationen über einzelne Projekte der Task Force finden Sie unter www.zei.de.

Dr. Rafael Biermann

Nächste Ausgabe: Die Bundesrepublik Jugoslawien und ihre Nachbarn



IMPRESSUM:

Herausgeber: Task Force Südosteuropa am ZEI

Koordinator: Dr. Rafael Biermann

Mitarbeiter: Dr. Emil Mintchev

Maria Ivanova

ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG

CENTER FOR EUROPEAN INTEGRATION STUDIES

RHEINISCHE FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT BONN

ZEI
Walter-Flex-Str. 3
D-53113 Bonn
Fax: 0228 / 731788
e-mail:
soe.monitor@uni-bonn.de